Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 143 | Halver, Donnerstag, 24. Juni 1954 | 1954

Eden zur Rückkehr nach Genf bereit

Berner Treffen weckt neue Hoffnungen

Mendès-France und Tschu En-lai besprachen Indochinafrage - „Berner Lösung" für Wiederherstellung des Friedens?

dmt. Bonn, 23. Juni

Das mit großer Spannung erwartete Gespräch zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France und dem rotchinesischen Außenminister Tschu En-lai am Mittwochnachmittag in der französischen Botschaft in Bern, dauerte mehr als zwei Stunden und galt nur der Besprechung der Indochinafrage.

Mendès-France erklärte nach dem Treffen, dem von französischer Seite nur noch der Leiter der französischen Delegation in Genf, Botschafter Chauvel, und der Leiter der Asienabteilung am Quai d'Orsay, Roux, beiwohnte, während auf chinesischer Seite fast ein Dutzend Mitarbeiter des chinesischen Ministerpräsidenten zugegen waren, er hoffe, daß das Gespräch zur Wiederherstellung des Friedens führen werde. Die Aussprache sei sehr offen gewesen. Mendès-France flog noch am Mittwochabend zur Berichterstattung vor seinem Kabinett nach Paris zurück.

Der britische Außenminister Eden und Oppositionsführer Attlee begrüßten in der Mittwoch-Sitzung des Unterhauses diesen Kontakt zwischen Frankreich und Rotchina und wünschten Mendès-France guten Erfolg. Eden stellte fest, daß die Genfer Konferenz ein wichtiges Ergebnis gebracht habe, die Verbesserung der britisch-chinesischen Beziehungen. Der Außenminister teilte dem Unterhaus mit, daß er unter Umständen bereit sei, nach dem 10. Juli nach Genf zurückzukehren. Bis zum 10. Juli sollen die Vertreter beider Oberkommandos über ihre Militärbesprechungen berichten.

Ueber die Vorgeschichte des Berner Treffens wußte die „Neue Zürcher Zeitung" zu berichten, daß Tschu En-lai den Anstoß dazu gegeben habe. Die „Berner Lösung" gestatte es beiden Partnern, das Gesicht zu wahren, da Mendès-France offiziell die Schweizer Regierung besuchte.

Norwegen ratifizierte NATO-Zusatzprotokolle

dpa. Oslo, 23. Juni

Das norwegische Storting ratifizierte am Dienstag gegen vier Stimmen die Zusatzprotokolle zum Atlantikpakt-Vertrag über die Verpflichtungen der NATO gegenüber der EVG. Gegen die Ratifizierung stimmten drei Kommunisten und ein Abgeordneter der Arbeiterpartei.

Der Storting war bereits im vergangenen Jahr von der Regierung zur Ratifizierung der Protokolle aufgefordert worden, hatte sie aber damals mit der Begründung abgelehnt, daß die Angelegenheit erst behandelt werden sollte, wenn der EVG-Vertrag von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert sei.

Neue politische Offensive Moskaus

„Stellung der USA in Asien entscheidend geschwächt"

dmt. Stockholm, 23. Juni

Nach der Rückkehr Molotows aus Genf ist die erwartete politische Offensive Moskaus angelaufen. Die Genfer Konferenz hat nach Ansicht der Moskauer Kommentatoren die Stellung der USA in Asien entscheidend geschwächt. Der wesentlichste Erfolg Molotows und Tschu En-lais in den Indochinaverhandlungen besteht der „Krasnaja Swesda" zufolge darin, daß eine Einigung über die Zurückziehung aller fremden Trupppen aus Laos und Kambodscha zustandekam.

In Moskau versteht man unter dem Begriff „fremde Truppen" vor allem die amerikanischen Militärexperten. Nach ihrer Zurücknahme wird jede weitere amerikanische Einflußnahme auf die Geschicke dieser beiden Staaten praktisch unmöglich sein

Die Reise Churchills und Edens nach Washington am kommenden Wochenende wird zum ersten Male von dem Londoner „Prawda"-Korrespondenten kommentiert. Der Bericht verrät eine gewisse Unruhe über die künftige außenpolitische Haltung Großbritanniens. Eisenhower werde versuchen, Churchills Zustimmung zu der Errichtung eines aggressiven pazifischen Sicherheitssystems und zur Wiederbewaffnung Deutschlands in einer anderen als der vorgesehenen Form zu erlangen. In dem Artikel kommt, wenn auch verklausuliert, zum Ausdruck, daß der jahrelange sowjetische Kampf gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verloren wäre, wenn die Bundesrepublik NATO-Mitglied werde.

Eden: Asiatisches Locarno

dmt. London, 23. Juni

Am Vorabend seiner Abreise mit Premierminister Churchill nach Washington drückte Außenminister Eden am Mittwoch im Unterhaus die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, in Südostasien eine Art Locarnopakt und gleichzeitig ein Militärbündnis nach dem Vorbild der NATO zu schaffen. In Genf sollten die Voraussetzungen für beides erarbeitet werden. Oppositionsführer Attlee schlug in der Unterhausdebatte vor, den sowjetischen Ministerpräsidenten Malenkow nach London einzuladen, um damit zur internationalen Entspannung beizutragen.

Eden, der im Parlament ausführlich über den bisherigen Verlauf der Genfer Konferenz berichtete, bedauerte, daß in der Koreafrage kein echter Fortschritt erzielt worden sei. Er stellte aber klar, daß die britische Regierung nach wie vor der Ansicht sei, daß die UNO zur Lösung des Koreaproblems der Zustimmung Chinas und beider Teile Koreas bedürfe. Es müßte aber darauf geachtet werden, daß die Abhaltung wirklich freier Koreawahlen und die Autorität der UNO Grundprinzipien aller Verhandlungen bleiben.

In letzter Minute

Der französische Abgeordnete Barrachin brachte am Mittwoch in der französischen Nationalversammlung einen Antrag ein, wonach die Regierung mit den übrigen Signatarstaaten des EVG-Vertrages über eine Revision des Vertrages verhandeln soll. Barrachin schlägt vor, daß die EVG der NATO angegliedert wird, deren Filiale sie damit würde und deren Kontrolle sie dann unterstände. Die allgemeine Verteidigungspolitik und die Verfügung über die europäischen Verteidigungsstreitkräfte soll der Entscheidung der NATO überlassen werden.

Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte am Mittwoch, daß sich die Notwendigkeit für eine umgehende Erörterung der Souveränitäts-Uebertragung an die Bundesrepublik ergeben könnte, falls der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht bald ratifiziert werde. Diese Erklärung wurde im Anschluß an einen Besuch des Leiters der deutschen diplomatischen Mission in Washington, Botschafter Krekeler, bei Außenminister Dulles veröffentlicht.

Die zwei MRP-Abgeordneten, die entgegen der Anweisung ihrer Partei Posten in der Regierung Mendès-France übernommen haben, sind aus der MRP-Fraktion ausgeschlossen worden. Es sind das der neue Minister für die überseeischen Gebiete, Buron, und der Staatssekretär für die Kriegsmarine, Monteil.

Die Geheimsitzung der Genfer Indochina-Konferenz am Donnerstag wird sich wieder mit dem noch ungelösten Problem der Ueberwachung einer Waffenruhe in Indochina beschäftigen.

Ein großangelegter Schmuggel im Hamburger Freihafen zieht immer größere Kreise. Nachdem bereits neun Zollbeamte und zehn Zivilisten verhaftet worden waren, die gemeinsam Kaffee, Tee und Zigaretten aus dem Freihafengebiet in die Stadt schmuggelten, wurde an der Zollabfertigungsstelle „Hannoverscher Bahnhof" ein umfangreicher Stoffschmuggel aufgedeckt, an dem wieder eine Anzahl von Zöllnern beteiligt sind. Vorerst wurden fünf Beamte verhaftet.

Der Erste Strafsenat des Bezirksgerichts Erfurt hat den Filialleiter eines Tabakwarengeschäftes in Eisenach, Klatt, unter der Anklage der Zugehörigkeit zur „Spionage-Organisation des faschistischen Generals Gehlen" zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Lohnstreit in der Westberliner Metallindustrie hat sich bedrohlich zugespitzt. Die Gewerkschaftsvertreter haben den Vermittlungsvorschlag des Arbeitssenators Kreil, den Ecklohn um 4 und später um 2 weitere Pfennige zu erhöhen, abgelehnt. Sie fordern eine Erhöhung des Ecklohnes um 10 Pfennige.

Deutschland besteht auf Voll-Souveränität

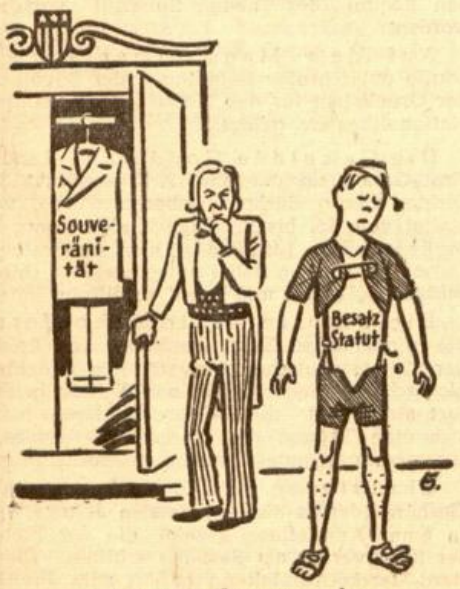
Bundeskabinett steht hinter dem Kanzler — USA und England bereits einverstanden

wl. Bonn, 23. Juni

Die Bundesregierung wird, wie am Mittwoch in Bonn verlautete, kein offizielles Ersuchen — etwa in Form einer Note — an die drei Westmächte richten, den Deutschland-Vertrag auch ohne Ratifizierung des EVG-Vertrages in Kraft zu setzen, sondern sich darauf beschränken, diesen „sehr präzisen Wunsch" in der geeigneten Form den Westmächten zur Kenntnis zu bringen.

Die Bundesregierung werde auch keine Vorschläge machen, wie das zwischen beiden Verträgen bestehende „Junktim" aufgehoben werden soll. Dagegen wird der Bundeskanzler bei jeder sich bietenden Gelegenheit erneut die Erwartung wiederholen, daß die Bundesrepublik nach allem, was sie für die Verwirklichung der EVG und der europäischen Einigung getan habe, ein Recht auf die Uebertragung der Voll-Souveränität habe und ihr dieses Recht durch eine Fortsetzung der französischen Verzögerungspolitik nicht länger vorenthalten werden sollte. Das Bundeskabinett hat sich am Mittwoch eindeutig auf diesen Standpunkt gestellt und den Bundeskanzler gebeten, in jeder geeigneten Form auf die baldige Verwirklichung der deutschen Souveränität hinzuwirken.

Wie der Bundespressechef von Eckardt hierzu erklärte, sollen die Formen, wie die Verbindung zwischen EVG und Deutschlandvertrag staatsrechtlich beseitigt werden soll, den Westmächten überlassen bleiben. Er meinte, es sei durchaus vorstellbar, daß eine einfache Erklärung der Westmächte genüge. Die Bundesregierung sei darüber informiert, daß sowohl die USA als auch Großbritannien mit der sofortigen Uebertragung der Souveränität auf die Bundesrepublik einverstanden seien. Auf Anfrage teilte von Eckardt weiter mit, daß die französische Entscheidung über die EVG nach den Erklärungen von Ministerpräsident Mendès-France auf jeden Fall noch vor den Parlamentsferien zu erwarten sei. Wie sie ausfallen werde, wisse niemand.



Michel ist drausgewachsen

Kulturaustausch unter Aufsicht

Wenn die Sowjets einen Kulturaustausch mit irgendeinem Lande vorschlagen, bereit sind, irgendwo wieder Intourist-Büros zum Zusammenstellen von Reise-Gesellschaften nach Rußland zu eröffnen und den Moskauer Diplomaten gnädigst gestatten, in polizeilicher Begleitung durch das halbe Land zu fahren (während die andere Hälfte verschlossen bleibt), dann jubelt die Weltpresse. Die Auswärtigen Aemter überlegen, ob daraus wohl ein Gesinnungswechsel spreche oder nicht?

Die Skandinavier haben nun Bilanz machen können. Sie sehen auf über ein Jahr Kulturaustausch zurück. Wenn sie nach Rußland kommen, werden sie wohl behütet. Sie dürfen „alles" sehen, was sie „wünschen". Aber es ist vorher ausgesucht und vorgeschlagen und kaum abwandelbar. Museen, Neubauten, Fabriken, Theater, Vereins- und Parteihäuser, Sport- und Spielplätze, Kunstausstellungen, Bibliotheken, historische Bauten und Landschaften.

Sie dürfen auch mit Menschen reden, die vorher ausgesucht worden sind und in Anwesenheit eines Dolmetschers sprechen. Läßt sich etwas Unangenehmes nicht vermeiden, so wird es als Folge des Krieges hingestellt oder als solche der kriegshetzerischen Drohungen. Jeder beteuert, wie friedenswillig man sei. Im übrigen gibt es Festessen und Liebenswürdigkeiten. Der Gast ist beeindruckt, bemüht sich gerecht zu sein, zu entschuldigen und zu übersehen. Für die Sowjets kommt im allgemeinen ein Erfolg heraus, denn die Abendländer kommen weder geschult noch unbedingt voreingenommen ins Land.

Umgekehrt kann der Russe in den westlichen Ländern praktisch tun und lassen, was er als Gast will. Man ist offen ihm gegenüber, zwingt ihm keinen kontrollierenden Dolmetscher auf. Seine Fragen werden deutlich beantwortet. Er hat viel größere Möglichkeiten, als der Gast in der Sowjetunion. Man tritt ihm menschlicher, sorgloser entgegen, kann sich keinen Kollektivauftrag vorstellen, sondern schätzt ein sowjetisches Gegenüber als Individualisten ein.

Natürlich verdirbt man in manchem den fanatischen Kommunisten durch die ihm entgegentretende geistige und wirtschaftliche Freiheit, aber die Masse ist ideologisch, familiär oder durch gezüchtete Angstkomplexe gebunden. Der russische Kulturaustauschbesucher ist meist gesiebt, und so gut wie nie Privatmann, weder als Künstler oder Sportler, schon gar nicht als Wirtschaftsbeauftragter, ganz zu schweigen von Diplomaten, Soldaten und Beamten. Aber man behandelt sie wie Privatleute.

Die Norweger verdanken dem die Abreise des Kulturattachés B. S. Mesjevitinow aus Oslo, einem der Köpfe des sowjetischen Spionagenetzes in Norwegen. Auch er arrangierte so schöne Reisen, Besuche und Vorführungen. Moskau schlägt das alles nun auch Italien, Frankreich und England vor. Das wird Arbeit für Kulturattachés und — die „Abwehr" geben.

-thk-

Volksbefragung wird nicht anerkannt

Stellungnahme des Bundestagsausschusses: Gewissenserleichterungen für Mitteldeutsche

dpa. Bonn, 23. Juni

Der Bundestagsausschuß für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen versicherte am Mittwoch, daß die freie Welt das Ergebnis der vom 27. bis 29. Juni in der Sowjetzone stattfindenden „Volksbefragung" nie als Abstimmung anerkennen werde, da die Fragestellung „Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder EVG-Vertrag und Fortdauer der Besatzung auf fünfzig Jahre" irreführend und verlogen sei.

In der Stellungnahme heißt es: „Ihr wollt für Eure Freiheit stimmen, dafür gibt diese Abstimmung keine Möglichkeit. Prüft und entscheidet im Abstimmungslokal, wie Ihr Euch verhalten könnt. Wer sich nicht gefährdet fühlt, kreuze keine der beiden Kreise an. Wir Deutschen in der Bundesrepublik wissen, daß Ihr unter Zwang steht. Deswegen werden wir auch verstehen, wenn Ihr Euch anders zu handeln gezwungen fühlt."

Der Ausschußvorsitzende Wehner (SPD) nannte vor der Bonner Presse diese Stellungnahme einen Versuch, den Menschen in der Sowjetzone eine Gewissenserleichterung zu verschaffen. Dem Ausschuß sei in zahlreichen Briefen geraten worden, sich zu der Wiedervereinigung zu äußern.

Bundesminister Kaiser betonte, die größte Hoffnung der Bevölkerung in der Sowjetzone sei die Wiedervereinigung in Freiheit mit einem frei gewählten Parlament. Darüber müsse ganz Deutschland in Freiheit abstimmen. Er sprach die Hoffnung aus, daß es bald zu ernsthaften Gesprächen der maßgebenden Regierungen über die deutsche Frage kommen möge.

In einem Telegramm an Ministerpräsident Mendès-France hat der Ministerpräsident des Saarlandes, Hoffmann, die Hoffnung ausgedrückt, daß die französische Regierung den eingeschlagenen Weg zur Europäisierung der Saar fortsetzen möge. Das französische Kabinett hatte auf seiner ersten Sitzung die Saarfrage aus Zeitmangel nicht behandeln können.

Rausentid

Hiegenrausen blaumet in diäm stillen Siepen,
Hiegenrausen an de Aanewand.
In diän Büschen Vuegelkinnerpiepen,
Vuegelsingen üöwer minem Land.

Garenrausen blaumet viör diäm Buernhuse
op Rabatten, dunkelraut un witt.
Van diär Immenecke küemt en wahn Gebruse,
— wann de Schwaam män in de Nöchte blitt —.

Kiärmesrausen blaumet op diäm Schützenfeste,
met diäm „Lukas" wätt se aff epluggt.
Duach van allen Rausen es dai beste,
becke oawends wätt ant Hiärte druggt.

Rausentid, bat kann di wual noch gliken,
boa giet sauviell Glück un Häimlekkeit?
Rausentid, nu maut de Suarge wiken,
allet Läid un alle Aeinsamkeit.

Richard Althaus

Halver

Ein großes Schlesier-Treffen

Unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf treffen sich die Schlesier der nordwestdeutschen Landesgruppen Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein am 10. und 11. Juli zum „Nordwestdeutschen Schlesiertreffen" auf dem Messegelände in Hannover. Unter dem Wahlspruch: Schlesien deutsch und ungeteilt, wird das Heimattreffen der Schlesier wieder zu der machtvollen Kundgebung werden, wie sie bereits Tradition geworden ist. Aus der Veranstaltungsfolge ragen hervor die Rede von Vizekanzler Blücher auf der Hauptkundgebung am 11. 7., die „Festliche Stunde" mit Uraufführungen schlesischer Komponisten und dem Festvortrag von Univ. Prof. Dr. Stadtmüller (fr.: Osteuropa-Institut Breslau), Feldgottesdienste beider Konfessionen, sowie 3 große Heimatabende in den drei größten Messehallen. Außerdem veranstalten einzelne Heimatgruppen, Berufsstände, Vereine und Verbände zahlreiche Sonderveranstaltungen. — Wie früher fahren auch in diesem Jahre zahlreiche Sonderzüge der Bundesbahn, welche die Namen alter schlesischer Städte tragen werden.

Mit viel Liebe wurde seiner gedacht

Ein kaum übersehbares Gefolge geleitete gestern nachmittag Fritz Schönebeck zur letzten Ruhe. Die seelsorgerischen Worte rief dem Verstorbenen am offenen Grabe Pfarrer Dr. Bergmann nach. Fabrikant Alfred Jung gedachte der 40 Jahre, die der Verstorbene als Betriebsleiter dem Werk gewidmet hatte. Der Vorsitzende des Kreis-Sängerbundes Erich Schumacher rief die nimmermüde Tätigkeit Fritz Schönebecks für die Sache des deutschen Liedes noch einmal ins Gedächtnis zurück und der Vorsitzende des TuS Halver Swintkowiak zeichnete ein Bild des Streiters für die Jahnschen Ideen, der der Jugend immer ein leuchtendes Vorbild war. Leise verklangen die Lieder des MGV — ein Abschiedsgruß für den Freund und Sangesbruder über Jahrzehnte hinweg.

Auf kameradschaftlicher Grundlage

Im Hotel zur Post soll am kommenden Samstagabend die Gründungsversammlung der Kriegerkameradschaft Halver (Landwehrverein) stattfinden. Es soll sich hierbei um den Zusammenschluß der alten Soldaten auf kameradschaftlicher Grundlage und die Vertretung ihrer Interessen handeln.

Fortführung der Befragungsaktionen

Im Anschluß an eine für die Monate Juli und August, September und Oktober 1954 vorgesehene Heimkehrerbefragung zur Aufklärung des Schicksals von verschleppten deutschen Zivilpersonen plant das DRK für den Spätherbst 1954 die Fortführung seiner Befragungsaktion zur Gewinnung von Nachrichten über den Verbleib vermißter Wehrmachtsangehöriger. 250 000 ehemalige Soldaten, welche bisher noch keine Gelegenheit hatten, die Vermißtenlisten ihrer früheren Wehrmachtseinheiten einzusehen, sollen im Rahmen dieser Aktion befragt werden.

Straße wurde ausgebessert

Gestern waren erfreulicherweise in der Tauberstraße die Straßenarbeiter tätig, um hier die Straßenoberfläche instand zu setzen.

Ehre dem Alter

Sein 77. Lebensjahr kann morgen Rentner Nikolaus Korell, Gesenberge, vollenden. Die Heimatzeitung entbietet die besten Wünsche!

Bredkerfeld

Neues vom Standesamt

Das Standesamt beurkundete die Eheschließungen zwischen Max Ganick, Frankfurter Straße 55 und Wally Koschel, Frankfurter Str. 55, sowie zwischen Oswald Marlinghaus, Gevelsberg und Anneliese Hollmann, Bauendahl.

Wahlrecht ist Staatsbürgerpflicht

Sollen die Nichtwähler den Kurs bestimmen?

Kreis Altena hatte 1950 bei den Landtagswahlen 27 Prozent Nichtwähler - 13,5 Prozent bei Bundestagswahlen

Am 27. Juni treten im Land an Rhein und Ruhr — in Nordrhein-Westfalen — Millionen an die Wahlurnen, um durch ihren Stimmzettel ihr Mitspracherecht bei der Gestaltung der Landespolitik für die nächsten vier Jahre auszuüben. 9,6 Millionen Männer und Frauen des größten deutschen Bundeslandes sind für die Landtagswahlen 1954 wahlberechtigt gegenüber 8,9 Millionen bei den Landtagswahlen 1950 und 9,5 Millionen bei den Bundestagswahlen 1953.

Bei den Landtagswahlen 1950 wurden von 8 909 350 Wahlberechtigten aber nur 6 433 003 = 72,2 Prozent Stimmen abgegeben. Bei den Bundestagswahlen 1953 gaben in Nordrhein-Westfalen von 9 599 109 Wahlberechtigten 8 250 961 = 86 Prozent ihre Stimme ab. Wenn also auch der prozentuale Anteil der Nichtwähler von 1950 bis 1953 erheblich zurückgegangen ist, so haben doch auch bei den politisch bedeutsamen Bundestagswahlen vom 6. September 1953 in NRW immerhin 1,3 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme nicht abgegeben gegenüber 2,5 Millionen bei den Landtagswahlen am 18. Juni 1950.

Im Kreis Altena

betrug die Zahl der Wahlberechtigten bei der Landtagswahl am 18. Juni 1950: 96 707 (einschl. der ausgestellten Wahlscheine). Aber nur 70 587 gaben ihre Stimme ab. Das bedeutet, daß im Kreis Altena bei den Landtagswahlen 1950 27 Prozent der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht nicht ausübten. Bei den Bundestagswahlen 1953 betrug im Kreis Altena die Zahl der Wahlberechtigten 100 027 und die der Wähler 84 543, sodaß also 13,5 Prozent ihrer Wahlpflicht nicht genügten.

Gedanken für Nichtwähler

Wer nicht wählt, beraubt sich der Chance, das politische Geschehen mitzubestimmen. Die Entwicklung geht dann über ihn und seine Wünsche hinweg. Die politischen Entscheidungen, auf die es auch für das Leben der Nicht-Wähler ankommt, werden dann eben von anderen getroffen, die am Wahltag aktiv sind.

Viele sagen: Die Politik interessiert mich nicht. Ja, aber die Politik interessiert sich für alle, auch für den Nichtwähler. Die Abgeordneten, die von den Wählern nach Düsseldorf in den Landtag geschickt werden, bestimmen in zahlreichen Fragen, die die Existenzgrundlagen jedes einzelnen Menschen berühren. Auch die der Nichtwähler. Auch in das Leben der Nichtwähler greift die Politik ein. Wer sich diesen Gedankengang überlegt, muß erkennen, daß er am 27. Juni eine Chance hat, über bestimmte Fragen seiner eigenen Zukuft zu bestimmen. Wenn er sie nicht nutzt, dann ist das ein Versäumnis, das er für die nächsten vier Jahre nicht wieder gutmachen kann.

Wählen ist die erste Bürgerpflicht!

Alle am politischen Leben beteiligten Parteien rufen den Wahlberechtigten in Stadt und Land zu: „Wählt!" Wählen ist die erste Bürgerpflicht. Niemand darf am 27. Juni der Wahlurne fernbleiben. Der Wähler glaubt oft, daß es auf seine Stimme nicht ankommt. Wenn er aber wüßte und wirklich sich vor Augen führte, daß gerade seine Stimme unter Umständen die entscheidende sein kann, wird er seine Pflicht erkennen.

Wesentliche Impulse für Schalksmühler Industrie

Fabrikant Carl Bär feierte 75. Geburstag — Ein neues Fabrikationsprogramm

In diesen Tagen konnte der Ingenieur und Fabrikant Carl Bär in Schalksmühle seinen 75. Geburtstag begehen. Dieser Tag gibt Veranlassung, des Lebenswerkes eines Mannes zu gedenken, der mit seinen reichen Gaben und großen geistigen Fähigkeiten auf die Entwicklung unserer heimischen Elektro-Installations-Industrie außerordentlich befruchtend gewirkt hat.



Nach seinen Lehr- und Wanderjahren kam Ing. Bär im Jahre 1909 zu der Firma Gebr. Jäger, wo er dank seiner besonderen Begabung auf dem Gebiete der Geräteentwicklung ein mustergültiges Konstruktionsbüro aufbaute und sich speziell der Verbesserung von Hebel- und Motorschaltern aller Art widmete. Während des ersten Weltkrieges war er bei den Siemens-Werken in Berlin beschäftigt. Nach dem Zusammenschluß der Firma Gebr. Jäger mit der Firma F. W. Busch Akt.-Ges. in Lüdenscheid stellte er seinen reichen Erfahrungsschatz auch der neugegründeten Firma Vereinigte elektrotechnische Fabriken F. W. Busch & Gebr. Jäger Akt.-Ges. in altbewährter Weise zur Verfügung.

Im Jahre 1927 gründete der Jubilar unter seinem Namen eine eigene Firma, die sich aus kleinsten Anfängen heraus zu einem ansehnlichen Fabrikbetrieb entwickelt hat, in welchem heute mehr als 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden. Verschiedene von Herrn Bär erfundene Patente und Gebrauchsmuster gaben dem jungen Unternehmen einen kräftigen Rückhalt, so daß vor Ausbruch des Krieges — zu Beginn des Jahres 1939 — in Hilchenbach ein Zweigwerk errichtet wurde, das bis 1945 bestanden hat. Im Jahre 1947 ist eine Filiale in Herne aufgezogen worden, die vorwiegend auf Heimarbeiterbasis arbeitet. Anfang 1949 wurde die Firma in die „Bär Elektrowerke GmbH." umgewandelt. Als Gesellschafter zeichnen Herrn Ing. Carl Bär und sein Sohn Herbert Bär, beide in Schalksmühle.

Das Unternehmen, das in der elektrotechnischen Branche eine nicht zu übersehende Rolle spielt, befaßt sich mit der Fabrikation von Einbauschaltern, Druckknopfschaltern, Kippschaltern, Zugschaltern, Wellenschaltern, Steckvorrichtungen, Installations-Druckschaltern, Steckdosen, Lichtdrückern usw. Die zahlreichen Typen von Einbauschaltern jeglicher Art, die das Fabrikationsprogramm umfaßt, sind so gut wie sämtlich von Herrn Bär konstruiert worden, wie der Hochbetagte auch heute noch den jeweiligen Marktbedürfnissen entsprechend neue Typen entwickelt.

Wir wünschen Ing. Carl Bär, daß es ihm vergönnt sein möge, noch recht viele Jahre in ungebrochener Gesundheit und Schaffenskraft zum Wohle seines Betriebes und damit zugleich auch zu Nutz und Frommen unserer heimischen Industrie tätig sein zu können!

Der Leser hat das Wort

Verpflanzt die alten Denkmäler nicht!

In einer gemeinsamen Sitzung haben die Vorstände des SGV und Verkehrsvereins mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß man daran denkt, die alten Denkmäler in Halver zu verpflanzen. Es müßte doch möglich sein, das alte Kriegerdenkmal auf dem Kirchplatz in den neuen Plan mit einzubeziehen. Es kann auch nicht eingesehen werden, daß das Befreiungsdenkmal von 1813 an der Leye, das seinerzeit zur Hundert-Jahrfeier der Befreiungskriege mit viel Gemeinschaftssinn der Bevölkerung errichtet worden ist, ein größeres Verkehrshindernis bedeutet, als der vorgesehene Kandelaber. Außerdem ist unseres Erachtens der Hohenzollernpark zu klein, um dort noch weitere Denkmäler aufzustellen. Jedenfalls hoffen die heimatverbundenen Vereine, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Dr. K., Halver

Erstattung von Beiträgen zur Sozialversicherung

Für die Beitragserstattung aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ist für das Land Nordrhein-Westfalen entgegen der bundeseinheitlichen Regelung unter Berücksichtigung des früheren Landesrechts eine Sonderregelung getroffen worden. Hiernach kann die Erstattung der Beiträge für die Zeit vom 8. 5. 45 bis 31. 3. 51 nur auf § 165 a AVAVG gestützt werden unter der Voraussetzung, daß dem Antragsteller nach dem damaligen Landesrecht Versorgungsansprüche gegen das Land Nordrhein-Westfalen gewährleistet waren und die Beschäftigung im Lande NRW erfolgte.

Hiernach begründete Anträge müssen bis zum 30. 6. 54 den Arbeitsämtern vorliegen, es sei denn, daß es sich um eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst gehandelt hat. Dann ist der Antrag bei der Krankenkasse zu stellen. □

Der Standort der neuen Ohler Schule

Baupläne in Ohl-Rönsahl laufen an

Parkgelände wird baureif — Vermessungen für Siedlerstellen — Schulfinanzierung gesichert

Noch in den zwanziger Jahren war der Park der Familie Buchholz in Ohl an der Bundesstraße ein Schmuckstück für die ganze Gegend. Die Nachkriegsverhältnisse besiegelten aber auch das Schicksal dieses schönen Parkes. Zuerst wurden die schönen Bäume gefällt und nun ist ein Bagger an der Arbeit, dieses Gelände baureif zu machen, weil die Gemeinde Klüppelberg hier einige größere Sechs-Familienhäuser errichten will.

Aber auch nach Rönsahl hin und zwar in Neuenhaus, wird in den nächsten Wochen ein reges Bauen beginnen. Hier sollen auch schon in den nächsten Wochen eine Reihe landwirtschaftliche Siedlerstellen errichtet werden. Auch hierfür wurden die notwendigen Vermessungen bereits durchgeführt.

Schon seit längerer Zeit bestand der Plan, für die alte Schule in Ohl eine neue zu errichten. Ueber den neuen Standort dieser Schule sind viele Beratungen notwendig gewesen. Jetzt hat man sich endgültig für Ober-Klüppelberg entschieden und zwar in der Nähe der neuen Reihensiedlung, die vor einigen Jahren erbaut wurde. Nachdem die Finanzierung dieser neuen Schule gesichert ist, soll umgehend mit dem Bau begonnen werden.





LAG-Unterhaltshilfe ab 1. Juli zahlbar

Vorschüsse für Altsparer vorgesehen — Protest gegen Transaktion bei Emscher-Lippe

dmt. Bonn, 23. Juni

Die Vorsitzenden der wichtigsten Bundestagsausschüsse berichteten am Mittwoch der Bonner Presse über ihre Arbeit. Der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses, Kunze, teilte mit, daß vom 1. Juli an die Unterhaltshilfe auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes gezahlt werden soll.

Auch die Altsparerentschädigung soll rückwirkend wieder zum Zuge kommen. Für die Altsparer wolle der Präsident des Bundesausgleichsamtes die Weiterzahlung in Form von Vorschüssen aufnehmen, bis die entsprechende gesetzliche Grundlage geschaffen worden sei. Die in der vorigen Woche vom Parlament verabschiedeten Entwürfe für Aenderungen des Lastenausgleichsgesetzes werden vom Ausschuß vordringlich behandelt, so daß sie wahrscheinlich noch vor den Bundestagsferien in zweiter Lesung beraten werden können.

Für den Haushaltsausschuß gab der Abgeordnete Blank einen kurzen Ueberblick über den Verkauf der Grube Emscher-Lippe von Krupp an ein bundeseigenes Unternehmen. Diese Transaktionen in Höhe von rund 25 Millionen Mark sollen ohne Wissen des Bundestages vollzogen werden. Das Parlament erhebe aber Ansprüche darauf, informiert zu werden, wenn so bedeutene Veränderungen am Bundesvermögen vorgenommen würden.

3½ Jahre Gefängnis für Tolsdorff

dpa. Traunstein, 23. Juni

Das Schwurgericht Traunstein verurteilte am Mittwoch den ehemaligen Generalleutnant und Brillantenträger Tolsdorff wegen Totschlags zu 3½ Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 4½ Jahre beantragt. Tolsdorf hatte am 3. 5. 1945 in Eisenärzt (Oberbayern) den auf Urlaub befindlichen Hauptmann Holzhey erschießen lassen, weil er eine Rot-Kreuz-Tafel vor dem Dorf aufgestellt hatte, um das Ausweichskrankenhaus vor Feindbeschuß zu bewahren.

Medizinalrat Dr. Zech sah eine verminderte Strafzurechnungsfähigkeit für den Tatzeitpunkt als gegeben an, weil der insgesamt 14mal verwundete Angeklagte auch eine Hirnverletzung durch Granatsplitter erlitten hatte. Der ehemalige Generalfeldmarschall Kesselring erklärte, daß Tolsdorff kaum anders gegen Holzhey vorgehen konnte. Kesselring bezog sich auf den sogenannten Flaggenerlaß, der für das Zeigen von Kapitulationszeichen Erschießung befahl.

Unterstützung für Kinderreiche geplant

wl. Bonn, 23. Juni

Bundesfamilienminister Dr. Wuermeling hat am Mittwoch vom Bundeskabinett den Auftrag erhalten, dem Kabinett Vorschläge zur Unterstützung von kinderreichen Familien vorzulegen. Es handelt sich dabei in erster Linie um Tarif- und Steuererleichterungen außerhalb der großen Steuerreform sowie um die Frage der Wiedereinführung von Ehestandsdarlehen.

Wie ein Regierungssprecher mitteilte, ist bei den geplanten Tariferleichterungen an eine Senkung von Krankenkassenbeiträgen sowie an Tarifvergünstigungen für Kinderreiche auf der Bundesbahn gedacht.

Linus Kather im BHE-Vorstand

dmt. Bonn, 23. Juni

Der kürzlich von der CDU zum Gesamtdeutschen/Block/BHE übergetretene Vorsitzende des „Zentralverbandes vertriebener Deutscher", Kather, ist am Mittwoch in den Vorstand der BHE-Bundestagsfraktion gewählt worden. Er gehört damit automatisch auch dem Vorstand der Gesamtpartei an. Zu dieser Maßnahme wurde aus Kreisen der BHE in Bonn erklärt, sie diene gleichzeitig als Antwort auf die Forderung, des CDU-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Johnen, der von Kather in einem Brief verlangt hatte, sein Bundestagsmandat niederzulegen. Darauf antwortete Kather am Mittwoch in einem Brief, er verzichte nicht auf sein Mandat.

Der sechste Strafsenat des Bundesgerichtshofes hat am Mittwoch nach einem Haftprüfungstermin angeordnet, daß der in der sogenannten „Vulkan"-Aktion im April vorigen Jahres festgenommene Kaufmann Willi Kiever aus Homberg am Niederrhein freigelassen wird, da kein Fluchtverdacht mehr besteht.

Die französische Luftwaffe startete über dem Delta des Roten Flusses zu massierten Angriffen auf kommunistische Stützpunkte vierzig Kilometer östlich Hanoi. Vor den Bombardements wurden Flugblätter abgeworfen, in denen die Bevölkerung zum Verlassen der Dörfer aufgefordert wurde.

Wetterbericht

Zwischen einem Hochdruckgebiet über Westeuropa und Tiefdruckgebieten über dem Nordmeer hält die Zufuhr kühler und feuchter Meeresluftmassen an. Wechselnde Bewölkung, gelegentlich geringe Schauer. Bei schwachen Winden um West verhältnismäßig kühl mit Höchsttemperaturen zwischen 17 und 20 Grad. Weitere Aussichten: Leicht unbeständig.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver/Westf., Kirchstraße 5. Fernruf Halver 442. Verlagsleitung: Werner Bell; Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther; Lokale Schriftleitung: Dr. Wolfram M. Wegener; Anzeigenleitung: Ernst Höngen. Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder im Falle von höherer Gewalt und Streik besteht kein Entschädigungsanspruch. Abbestellungen nur bis zum 20. i. M. schriftlich beim Verlag.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden beim Heimgang meines lieben Mannes und guten Vaters sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Im Namen aller Trauernden:
Frau Martha Meyer

Halver, im Juni 1954

Neda schlank Dragees
verhüten Darmträgheit und Korpulenz
unschädlich, rein pflanzlich

Nur noch 3 Tage!

MIELE

Deutschlands meistgekaufte Waschmaschine zeigt Ihnen ihre verblüffenden und unübertroffenen Leistungen
am Donnerstag, den 24. 6.,
Freitag, den 25. 6. und Sonnabend, den 26. 6. 1954
jeweils von 16.00 bis 22.00 Uhr
in Halver, Gaststätte „In der Leye"

MIELE wäscht in wenigen Minuten blütenweiß
MIELE spart Zeit, Geld und Arbeitskraft
MIELE verlängert die Lebensdauer Ihrer Wäsche
MIELE macht Waschküche u. Trockenboden überflüssig

Eine MIELE ist für jeden erschwinglich, eine kleine Anzahlung bei Lieferung, der Rest kann in 24 Monatsraten bezahlt werden.
Eintritt frei! **Besuch völlig unverbindlich!**
Interessenten erhalten unsere Maschinen auf Wunsch kostenlos und unverbindlich im eigenen Haushalt vorgeführt. Meldungen hierzu werden nach den Veranstaltungen entgegengenommen.
Veranstalter: **O. J. Hoffmann, Düsseldorf**



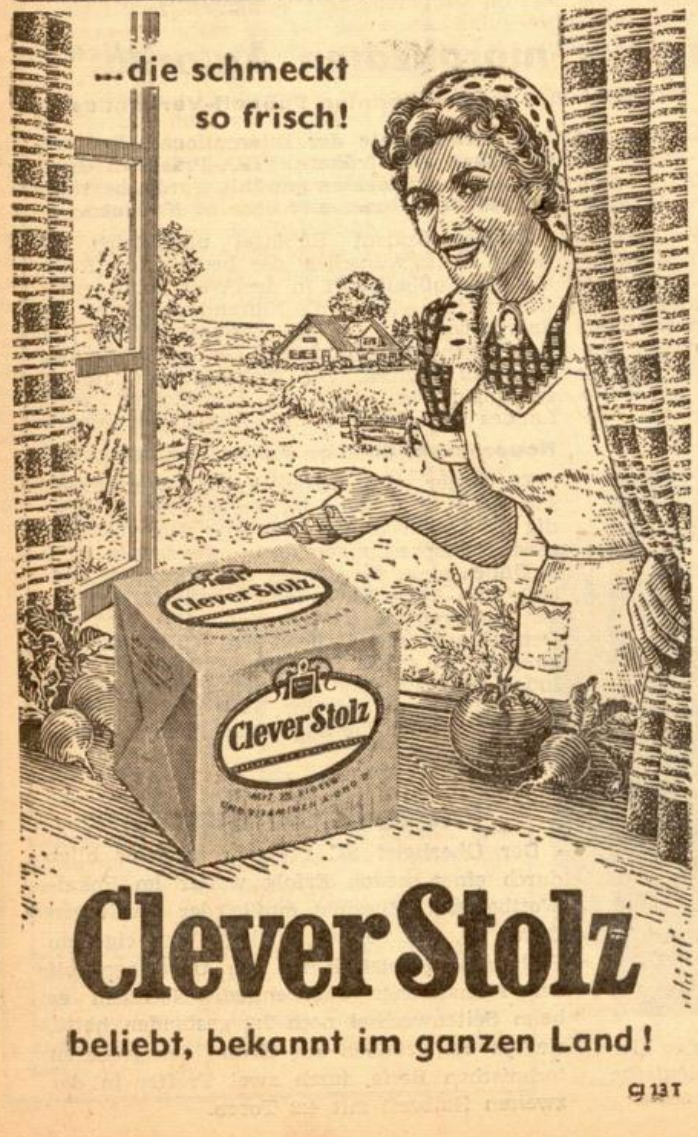
Heidelbeeren
(Blaubeeren)
frisch vom Walde!
Saubere handverlesene Beeren. Einschließlich Korb und Fracht, 18 Pfund DM 9.40. Expreß, Nachnahme franco.
W. Weiss
Waldfrüchteversand
Nabburg 22/Bayern
Bahnstation angeben.

Waschmaschinen:?
Doch besser eine **Miele!**
Fragen Sie zuerst **Eisen-Herdepe**

2 Metall-Betten
mit Matratzenteilen zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeiger

KLEINE
Anzeigen
im
Allgemeinen Anzeiger
haben
GROSSE
Wirkung





Bei Schmerzen bewährt



Rheumat. Schmerzen
Erkältung, Migräne
Frauenschmerzen
Kopfschmerzen
1-2 Tabletten bringen schnell Erleichterung. Temagin gibt einen klaren Kopf und ist gut verträglich. Ziehen Sie aber bei Schmerzen unbekannter Ursache Ihren Arzt zu Rate.
Temagin
Das gute Schmerzmittel für den Tag und die Nacht
10 Tabl. DM –.95 in allen Apotheken

Tüchtiger, gut eingeführter
Vertreter
von bedeutender **Eisen- und Stahlgroßhandlung** (A-Händler) gesucht. Bewerbungen nur von fachkundigen Herren mit nachweisbar guten Verkaufserfolgen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften unter 305 an Allgemeiner Anzeiger.

Wilh. Bell jr.
Halver